

Land Brandenburg, 22.11.2022

Pressemitteilung

Zeit für Aufarbeitung der Coronamaßnahmen

„Wir haben von Nichts gewusst.“ (?)

— Kontaktverbote, Betretungsverbote, Ausgangssperren, Schulschließungen, Berufsausübungsverbote, Ausgrenzung der „Ungeimpften“ – all das sind niemals nach 1945 dagewesene unverhältnismäßige Maßnahmen, welche viel Leid brachten. Die Verantwortlichen sagen, dass sie es nicht besser wussten. Aber kann das stimmen?

— Das sog. Coronavirus zirkuliert weiter und die Menschen werden seit nunmehr fast 3 Jahren von Politikern ohne valide Datengrundlage mit verschiedensten „Maßnahmen“ drangsaliert. Beispielhaft sind u.a. der Zwang, das Gesicht zu verhüllen, Massentestungen, Schul- und Kitaschließungen, einsame Alte in Heimen, Verbote von Kultur- und Sportveranstaltungen, Verbote andere Menschen zu treffen, Ausgangssperren, einrichtungsbezogene Impfpflicht für medizinisches Personal und Soldaten. Hinzu kam der Ausschluss der „Ungeimpften“ aus großen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens.

— All dies wurde begleitet von einer ebenso beispiellosen einzigartigen Hass- und Hetzkampagne durch Politiker und Medienschaffende, in deren Verlauf jeder, der auf die experimentellen mRNA-Injektionen lieber verzichten wollte oder an der Wirksamkeit der verhängten „Maßnahmen“ zweifelte, als Covidiot, Schwurbler oder Verfassungsfeind beschimpft und diffamiert wurde.

— Doch auch das größte mediale Aufgebot kann die Realität auf Dauer nicht unterdrücken, die Wahrheit kommt immer ans Licht. Mindestens seit Frühling 2022 ist auch für den medial einseitig beeinflussten Obrigkeitshörigen unübersehbar, dass sowohl die politischen „Maßnahmen“ als auch die hochgradig gefährlichen mRNA-Injektionen wesentlich mehr Schaden angerichtet haben und immer noch anrichten, als sie jemals genützt hätten.

Doch warum weigern sich die Mitspieler des polit-medialen Geflechtes weiterhin, diese Faktenlage in ihrer Gänze zu benennen, auszuwerten und aufzuarbeiten? Die Zeit dafür ist reif.

In diesem Sinne fällt die öffentliche Ansprache und das Buch mit dem Titel „Wir werden einander viel verzeihen müssen“, erschienen am 28.09.2022 vom Ex-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf. Wir verweisen auf die Feststellung des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach, die Kitaschließungen seien überflüssig gewesen. Zudem erreichen Übersterblichkeit und Geburtenrückgang immer neue Rekordwerte, was medial nicht mehr länger unterdrückt werden kann. Die Glaubwürdigkeit dieser Politiker nimmt in der Bevölkerung weiter ab und die Entfremdung zwischen Politikern und Bürgern wächst stets und ständig täglich.

Zu offensichtlich und deutlich lagen die Fakten seit Beginn der Coronakrise auf dem Tisch. Diese Fakten wurden mindestens grob fahrlässig von den polit-medialen Entscheidungsträgern ignoriert. „Ich konnte es nicht wissen.“ oder „Ich habe nur auf Anordnung gehandelt.“ oder ähnliche „Wendehalsverlautbarungen“ entlasten die Entscheidungsträger nicht. Diese Verantwortung haben sie zu tragen.

Weitere Informationen zum Rat für ethische Aufklärung erhalten Sie im Internet unter <https://ethikrat-brandenburg.de>.

Pressekontakt:

Ralf Lorenz

E-Mail: info@ethikrat-brandenburg.de

<https://ethikrat-brandenburg.de>

